96. Jahrgang. Nr. 364 — Donnerstag, 4. August 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Hauptschriftl.: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 341. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Bringerlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 84 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreis: Die einspaltige 20 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 900 Pfg., außerhalb 1050 Pfg. ohne Teuerungszuschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 20 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Verl. u. Verlag: Sievich & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Kombinationen um die Regierungsbildung

Die Einbeziehung der Nationalsozialisten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. August. Ueber die auf Grund des Wahlausganges gegebenenfalls ins Auge zu fassende Umbildung der Reichsregierung haben bisher noch keinerlei offizielle Verhandlungen stattgefunden. Wir wiesen bereits kurz nach der Wahl darauf hin, daß in diesen Dingen die maßgebliche Entscheidung in der Hand des Reichspräsidenten von Hindenburg liegt,

der auf keinen Fall gewillt ist, die übliche Methode des parlamentarischen Kuhhandels wiederkehren zu lassen.

Das jetzige Regierungssystem, das sich herausgebildet hat, nachdem die parlamentarische Regiererei elend versagte, und das zur Form des Präsidialkabinetts führte, das für seinen Bestand des Vertrauens des Reichstages notfalls entbehren kann, wenn es dafür vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragen ist, soll auch durch die Wahlen vom 31. Juli keine Veränderung erfahren. Infolgedessen bewegen sich die ganz inoffiziellen Erörterungen, die man naturgemäß in Regierungskreisen bereits anstellt, auch nicht in der Richtung, nun „siegreiche Parteien" zur Mitübernahme der Macht heranzuziehen. Daß der starke Vertrauensbeweis, den das deutsche Volk der Nationalsozialistischen Partei durch die Wahlen gegeben hat, eine entsprechende Berücksichtigung finden soll, ist, was nicht erst der Unterstreichung bedarf, die allgemeine Auffassung in den Regierungskreisen. Das soll in der Form geschehen, die sich bereits beim Kabinett Brüning und noch stärker beim jetzt amtierenden Kabinett Papen zeigte,

daß eben der Reichspräsident der NSDAP. angehörende Männer, denen er auf Grund ihrer politischen und sachlichen Eignung sein Vertrauen entgegenbringt, in die Regierung beruft.

Umstritten scheint in den bisher gepflogenen inoffiziellen und noch ganz unverbindlichen Erörterungen die Frage zu sein, auf welche Posten der Reichspräsident solche Männer stellen könnte. Während man in einigen Regierungskreisen offenbar der Ansicht ist, daß der Führer der NSDAP., Adolf Hitler, mit dem Amte des Reichskanzlers zu betrauen wäre, findet in anderen diese Tendenz Ablehnung. Hier ist man vielmehr der Meinung, daß Herr von Papen auf seinem Posten als Reichskanzler bleiben müsse. Es hat auch den Anschein, als ob der Reichspräsident von Hindenburg selbst es nicht wünschen würde, eine Umbesetzung gerade der Reichskanzlei vorzunehmen. Ob ein Wechsel im Reichsinnenministerium und vielleicht noch in dem einen oder anderen Ministerium die Billigung des Reichspräsidenten fände, ist jetzt, wo es sich, wie nochmals betont sei, um einen ganz internen und in keiner Weise verbindlichen Gedankenaustausch handelt, noch nicht zu übersehen.

Von einer Umbesetzung völlig ausgeschlossen wird auf jeden Fall das Reichswehrministerium bleiben.

Der Reichswehrminister von Schleicher genießt die besondere Wertschätzung Hindenburgs, und außerdem wünscht der Reichspräsident jeden, auch den leisesten Anschein zu vermeiden, als ob die Führung der Reichswehr von parteimäßig-taktischen Gesichtspunkten abhängig sei. Daß der Reichswehrminister von Schleicher auch das volle Zutrauen der Führer der NSDAP. besitzt, ist bereits seit längerem bekannt. Im übrigen wird man abzuwarten haben, wie sich die offiziellen Verhandlungen gestalten werden, die allerdings vor Ende August oder Anfang September nicht aufgenommen werden dürften, **da einmal der Reichstag erst zum letzten Termin im August, also am 30., zusammentreten wird**, und sodann Reichspräsident und Reichsregierung Wert darauf legen, daß derartige Verhandlungen in einer von den Wahlkampferregungen genügend bereinigten Atmosphäre vor sich gehen.

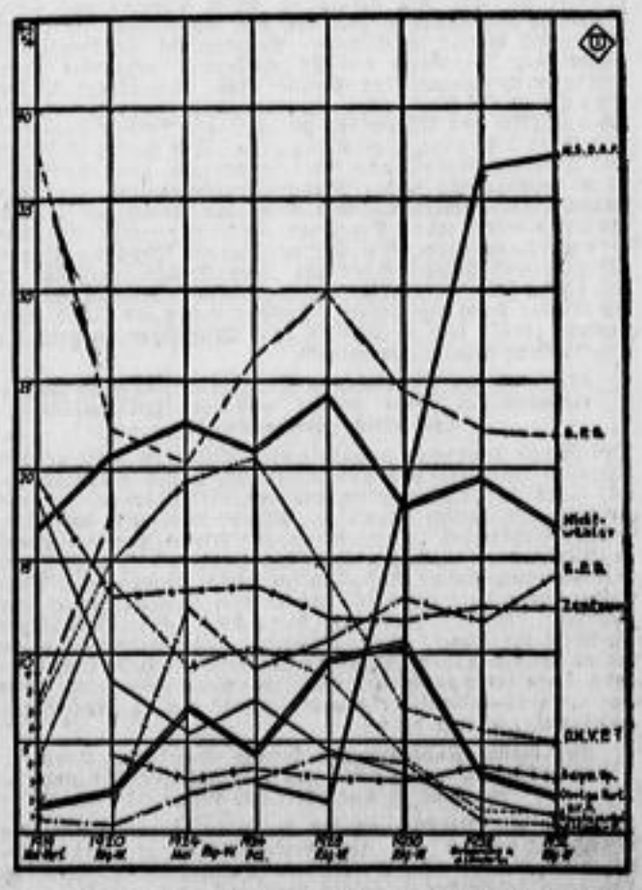
Ohne Reichstag – meint der „Temps"

Paris, 3. August. Der „Temps" behandelt noch einmal die innerpolitische Lage in Deutschland. Das Blatt glaubt nicht daran, daß die Reichsregierung den Forderungen der Nationalsozialisten nachgeben werde. Alle Anzeichen deuteten schon daraufhin, daß das Kabinett von Papen—Schleicher das aufgestellte Programm ohne die Mitarbeit des Reichstags durchführen werde, um die auf lange Sicht zu verwirklichenden Aufgaben einer verwaltungstechnischen, finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Wiederaufrichtung Deutschlands nach dem Muster des alten preußischen Staates zu einem glücklichen Ende zu führen.

Parteienschicksal

In den ersten Tagen dieser Woche war es noch ergötzlicher als nach den vorhergegangenen Wahlschlachten zu beobachten, welche Purzelbäume der Logik die geschlagenen Linksparteien machten, um aus den Wahlziffern irgendwie Erfolge für sich herauszulesen. Die schwierige Frage: Wie verschweig ich's meinem Kinde? hat zunächst alle anderen Sorgen verdrängt. Die sozialdemokratische Parteipresse hat sich aus der Verlegenheit geholfen, indem sie ihre Wahlausgaben einfach zu Witzblättern ausgestaltete, voran der „Vorwärts", der groß und kühn oben drüberschrieb: „Volksurteil gegen Papen!". Wenn man das Wahlergebnis schon unter diesem Gesichtswinkel ausbeuten wollte, dann mußte einem doch die klare Sprache der Zahlen sagen, daß der Reichskanzler v. Papen und seine Regierung nach dem 31. Juli bessere Chancen als vorher haben. Dagegen hat Brüning als Vorkämpfer der schwarz-roten Koalition alle Chancen verloren, so daß das Motto richtig heißen müßte: Volksurteil gegen Brüning!

Darüber hinaus kann man aber durch objektive Prüfung und sachlichen Vergleich der Einzelergebnisse vom Sonntag wichtige Einblicke in das Parteienschicksal gewinnen und für die Zukunft bedeutungsvolle Fingerzeige erkennen, die Antwort geben auf die Frage, warum sich das Schicksal der Parteien so und nicht anders gestaltet hat. Zunächst eine allgemeine Bemerkung über die Partei der Nichtwähler. Sie ist, wie die beigefügte graphische Zeichnung zeigt, immer noch sehr stark, an Größe das Zentum und die Kommunisten übertreffend, aber doch in langsamem Rückgang begriffen. Am Sonntag ist sie ziemlich genau auf dem Stand bei der Nationalversammlung von 1919 wieder angelangt. Interessant ist ferner die im großen ganzen entgegengesetzt verlaufende Kurve für die beiden marxistischen Parteien. Wenn die SPD. abfällt, steigt die KPD. an und umgekehrt entsprechen sozialdemokratische Gewinne kommunistischen Verlusten. Ein Beweis, daß zwischen diesen beiden Parteien ein ständiger Austausch von linksradikalen Mitläufern stattfindet. Diese Feststellung legt die Frage nahe, aus welchem Grund am letzten Sonntag wieder ein solcher Umschwung zugunsten der KPD. eingetreten ist. Man hört mancherlei Erklärungen, aber alle laufen auf die verschiedene Beurteilung der preußischen Vorgänge durch die marxistischen Wähler hinaus. In der demokratischen Ullsteinpresse heißt es: „Die Empörung über die Absetzung der Regierung Braun—Severing äußerte sich in einer starken Abwanderung der Arbeiter in das linksradikale Lager." Wenn man recht versteht, sollen also die Arbeiter, weil den Sozialdemokraten mit Severings Ex-mittierung angeblich so bitteres Unrecht geschah, zu ihren ärgsten Feinden, den Kommunisten, übergelaufen sein? Da klingt die Lesart in den ebenfalls linksdemokratischen Mossblättern schon glaubhafter, die umgekehrt argumentieren: „Den Kommunisten dürfte außer der Papenschen Notverord-



Die Entwicklung der Parteien von der Nationalversammlung bis zur Reichstagswahl 1932

Die große Verwaltungsreform in Preußen

Der Dualismus soll beseitigt werden

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. August. Am Donnerstagnachmittag hält das preußische Staatsministerium eine Sitzung ab, in der insbesondere die Frage der weiteren Verwaltungsreform besprochen werden soll. Die bereits vorgenommene Einsparung von nicht weniger als sechzig preußischen Amtsgerichten und die weitgehende Zusammenlegung von Landkreisen wird man zum Ausgangspunkt weiterer Vereinfachungen und Verwaltungsreformmaßnahmen machen. Der leitende Grundsatz für diese Maßnahmen ist der, nach dem Bismarckschen Vorbild

wieder zu einer weitgehenden Personalunion zwischen Reich und Preußen zu kommen.

Zu diesem Zwecke ist beabsichtigt, Reichs- und preußische Ministerien zusammenzulegen und überflüssige Ministerien, wie beispielsweise das sogenannte Wohlfahrtsministerium und das Handelsministerium, einzusparen. Diese Ministerien wurden seinerzeit ja nur geschaffen, um Posten für die Parteianhänger zu haben. So ist an eine Zusammenlegung des Reichs- und des preußischen Innenministeriums gedacht.

Der Reichsinnenminister würde danach zugleich preußischer Innenminister sein und als solcher über die Exekutive des größten deutschen Landes verfügen.

Man will die weiteren notwendigen Maßnahmen in einem beschleunigten Tempo vornehmen, da ja auch trotz der bekannten letzten Notverordnungsmaßnahmen die Finanzen des Reiches und Preußens nicht gerade zum besten bestellt sind. Daneben soll, wie der Reichskanzler v. Papen in seinem Briefe an den deutschnationalen Parteiführer, Geheimrat Hugenberg, erklärte, durch diese Vereinfachungen und Einsparungen auch noch die Möglichkeit zu Milderungen der in Betracht kommenden Notverordnungsmaßnahmen geschaffen werden.

Preußischer Landtag am 16. August

Berlin, 3. Aug. Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages hat beschlossen, den Preußischen Landtag für den 16. August einzuberufen, um zu Anträgen der Sozialdemokraten und Kommunisten über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen und über die Terrorakte in verschiedenen Landesteilen Stellung zu nehmen. Die Tagung soll möglichst schon am 17. August abgeschlossen werden. Die Ministerpräsidentenwahl ist für diese Tagung noch nicht in Aussicht genommen.

In der Aeltestenratssitzung hatte Präsident Kerrl darauf hingewiesen, daß es sich nicht empfehle, den Landtag bereits zusammentreten zu lassen, bevor eine Klärung hinsichtlich der Regierungsbildung im Reich und in Preußen erfolgt sei. Kommunisten und Sozialdemokraten forderten jedoch den alsbaldigen Zusammentritt des Landtages. Da nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung der Landtag zusammentreten muß, wenn ein Fünftel der Mitglieder es verlangt, so mußte diesem Verlangen entsprochen werden.

Preußen spart 58 Landkreise ein

Berlin, 3. Aug. Die vom preußischen Staatsministerium am 1. Aug. 1932 erlassene Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen ist heute veröffentlicht worden. Durch diese Verordnung werden mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 insgesamt 58 Landkreise eingespart werden.

Der drohende Krieg im Gran Chaco

Tucuman (Argentinien), 3. Aug. 20 Bataillone Infanterie haben den Befehl erhalten, die Grenze Argentiniens gegen Bolivien zu besetzen, um die Aufrechterhaltung der Neutralität Argentiniens im Falle des Ausbruches von Feindseligkeiten zwischen Bolivien und Paraguay zu sichern.

Berichte aus Bolivien und Paraguay besagen übereinstimmend, daß die Kämpfe ihren Fortgang nehmen.

Bolivianische Flugzeuge haben die russische Emigrantenkolonie Mennonite erneut mit Bomben belegt. Der Präsident von Paraguay verlangt in einer neuen Kundgebung an die Armee Taten, die des Kampfgeistes ihrer Väter würdig seien. Der 17jährige Sohn des Innenministers hat sich auf einem Kriegsschiff als Matrose anmustern lassen. Seinem 14jährigen Bruder, der ebenfalls zu den Fahnen eilen wollte, wurde von den Behörden die Erlaubnis versagt. Die Regierung in Asuncion dementiert die Berichte, daß bolivianische Truppen einen Angriff auf Puerto Casado am Paraguayfluß ausgeführt hätten.

Die Regierung in Asuncion versieht die Bevölkerung mit Gasmasken,

da sie im Fall der Kriegserklärung einen bolivianischen Luftangriff befürchtet. Außerdem wurden Maßnahmen zur Streckung der Lebensmittelvorräte getroffen. — Wie aus La Paz gemeldet wird, haben die dortigen Banken der bolivianischen Regierung eine größere „Kriegsanleihe" gewährt.

Die Washingtoner Regierung und eine Reihe südamerikanischen Staaten richteten scharfe Noten an Paraguay und Bolivien, in denen verlangt wird, den Frieden aufrechtzuerhalten.